

Strategie für grüne Gase gefordert

[15.10.2026] Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt erste Eckpunkte des Bundeswirtschaftsministeriums für eine Grüngasquote, sieht aber noch erhebliche offene Fragen. Vor allem müsse die Bundesregierung klären, woher die benötigten Mengen an grünen Gasen kommen sollen und welche Kosten auf die Verbraucher zukommen.

Der [Verband kommunaler Unternehmen \(VKU\)](#) fordert von der Bundesregierung eine Biomethanstrategie, um das Angebot an grünen Gasen auszuweiten. Anlass sind erste Eckpunkte des Bundeswirtschaftsministeriums zur Einführung einer Grüngasquote. Wie der Verband mitteilt, fehlen darin bislang konkrete Vorschläge, wie die zusätzlich benötigten Mengen an grünen Gasen bereitgestellt werden sollen. Denkbar seien eine höhere heimische Produktion und zusätzliche Importe.

VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing sieht in den Eckpunkten einen ersten Schritt zur Umsetzung des Gebäudemodernisierungsgesetzes. Ziel sei es, das Heizen mit grünen Gasen auch für Privathaushalte als Alternative zu Fernwärme und Wärmepumpen zu ermöglichen. Positiv bewertet der Verband die vorgesehene überjährige Flexibilität bei der Quotenerfüllung. Auch die geplante Ausnahme der Strom- und Fernwärmeerzeugung von der Quotenpflicht begrüßt er.

Allerdings sei das Angebot an grünen Gasen derzeit knapp. Zugleich konkurrierten Industrie, Verkehr und Stromerzeugung um die verfügbaren Mengen. Ohne eine deutliche Ausweitung des Angebots sei fraglich, ob das Heizen mit grünen Gasen künftig zu bezahlbaren Preisen möglich werde.

Offen sind aus Sicht des VKU zudem die finanziellen Folgen der Grüngasquote. So müsse die Bundesregierung klären, welche Investitionen notwendig wären, um Biogasanlagen in größerem Umfang mit Methanisierungsanlagen an die Gasnetze anzuschließen. Auch die möglichen Auswirkungen der Quote auf die Verbraucherpreise seien bislang nicht ausreichend beantwortet.

Der Verband kündigte an, die Eckpunkte auf ihre praktische Umsetzbarkeit und weitere offene Fragen zu prüfen. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren erwartet der VKU von der Bundesregierung konkrete Antworten zur Verfügbarkeit grüner Gase und zu den damit verbundenen Kosten.

(th)